

Stefan Bulowski

# Regulierung von Internetkommunikationsdiensten

Zur Anwendbarkeit des Telekommunikationsrechts auf  
Voice over IP, Instant Messaging und E-Mail-Dienste



**Nomos**

## Recht der Informationsgesellschaft

herausgegeben von

Prof. Dr. Jörg Fritzsche, Universität Regensburg, Lehrstuhl für  
Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M., Universität Regensburg,  
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht,  
Infrastrukturrecht und Informationsrecht

Prof. Dr. Gerrit Manssen, Universität Regensburg, Lehrstuhl  
für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und  
europäisches Verwaltungsrecht

Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack, Maître en droit,  
Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht  
und Völkerrecht

Band 39

Stefan Bulowski

# Regulierung von Internetkommunikationsdiensten

Zur Anwendbarkeit des Telekommunikationsrechts auf  
Voice over IP, Instant Messaging und E-Mail-Dienste



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2018

u.d.T.: Telekommunikationsrechtliche Regulierung von Internetkommunikationsdiensten

ISBN 978-3-8487-5626-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-9834-4 (ePDF)

Die Bände 1 bis 33 sind im Lit-Verlag erschienen.

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Abhandlung wurde im November 2018 unter dem Arbeitstitel „Telekommunikationsrechtliche Regulierung von Internetkommunikationsdiensten“ von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung habe ich sie auf den Rechtsstand vom Dezember 2018 gebracht und insbesondere die finale Fassung des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation berücksichtigt.

Begonnen habe ich dieses Projekt unmittelbar im Anschluss an die Erste Juristische Prüfung Anfang des Jahres 2015. Meinen ursprünglicher Plan, nahtlos nach der universitären Ausbildung das Rechtsreferendariat anzutreten, habe ich rasch aufgegeben, als ich in der mündlichen Staatsprüfung auf meinen jetzigen Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M., traf und wir bei diesem Anlass eine Mitarbeit und Promotion an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht diskutierten. Diesen Weg einzuschlagen hat sich auch als die richtige Entscheidung erwiesen: Ich konnte das facettenreiche Gebiet des Telekommunikationsrechts aus der Sicht der Lehre, der Forschung und durch externe Projekte auch aus der Perspektive der Praxis intensiv studieren.

Danken möchte ich daher zunächst meinem Doktorvater, der die Bearbeitung des vorliegenden Themas angeregt und sie durch kontinuierliches Feedback und ausführliche Diskussionen auch vorzüglich betreut hat. Mein Auslandsaufenthalt in Washington, D.C., brachte viele neue Erkenntnisse, die in den fünften Teil der Dissertation eingeflossen sind. Diese Studienreise wäre ohne die großzügige Finanzierung des Lehrstuhls ebenfalls nicht möglich gewesen. Schließlich bin ich auch für die äußerst zügige Erstellung von Erst- und Zweitgutachten sowohl meinem Doktorvater als auch Herrn Prof. Dr. Gerrit Manssen zu großem Dank verpflichtet.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Brüdern und Freunden, die mir durch gemeinsame Fahrradtouren, Reisen und gemütliche Abende den stets notwendigen Ausgleich zur bisweilen doch recht anstrengenden Promotionszeit verschafft haben. Dies gilt für allem für die Freunde aus dem Mitarbeiterkreis des Lehrstuhls, des IREBS-Instituts der Universität Regensburg und für die ehemaligen Studienkollegen. So fällt

*Vorwort*

mir der allmähliche Abschied aus dem Arbeitsalltag der Universität doch auch schwer – die kurzweiligen Kaffeerunden werden mir sehr fehlen!

Ganz besonders möchte ich mich auch bei meinen Eltern bedanken, die mich trotz bereits abgeschlossenem Erststudiums zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) und der Aufgabe einer Beamtenstelle während des Jurastudiums und der Promotionszeit nochmals nicht nur finanziell, sondern insbesondere durch Besuche und einen Rückzugsort in der Heimat rege unterstützt haben. Ihnen ist daher diese Arbeit gewidmet.

Regensburg im Januar 2019

*Stefan Bulowski*



# Inhaltsübersicht

Abbildungsverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung und Gang der Untersuchung	31
1. Teil: Einführung	34
A. Internetkommunikationsdienste als Teilmenge der „Over-the-Top-Dienste“	34
B. Technische Grundlagen	37
C. Bisherige Beurteilung	48
2. Teil: Grundsätzliche Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten in das Telekommunikationsrecht	53
A. Abgrenzung der Transportdienste von den Inhaltsdiensten	53
B. Telekommunikationsdienste i. S. d. § 3 Nr. 24 TKG	55
C. Telekommunikationsnetze i. S. d. § 3 Nr. 27 TKG	85
D. Telekommunikationsgestützte Dienste i. S. d. § 3 Nr. 25 TKG	87
E. Einschränkung des Anwendungsbereichs durch weitere Tatbestandsmerkmale	87
F. Fazit: Einordnung von Internetkommunikationsdiensten und identifizierte Probleme	89
3. Teil: Bedeutung von Datenschutz und Fernmeldegeheimnis für Internetkommunikationsdienste	90
A. Bedeutung der Grundrechte für Internetkommunikationsdienste	90
B. Anwendbares einfaches Recht	100

C. Auswahl spezifischer datenschutzrechtlicher Probleme von Internetkommunikationsdiensten	110
D. Fazit	132
4. Teil: Sonstige telekommunikationsrechtliche Regulierung von Internetkommunikationsdiensten	134
A. Allgemeine Pflichten	134
B. Notwendigkeit einer sektorspezifischen Marktregulierung	136
C. Sektorspezifischer Kundenschutz	162
D. Regulierungsbedarf bezüglich telekommunikationsgestützter Dienste i. S. d. § 3 Nr. 25 TKG	184
E. Notruffunktionalität	184
F. Haftung und Anbieterprivilegierung in den §§ 44 und 44a TKG	188
G. Einbeziehung in den Universaldienstmechanismus	189
H. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung	192
5. Teil: Reaktionsfähigkeit des Telekommunikationsrechts im Vergleich mit dem US-amerikanischen Regulierungsrecht	193
A. Entscheidungsspielräume der Verwaltung gegenüber den Gerichten	194
B. Kontrolle der Agencies durch die Exekutive	207
C. Übertragung legislativer Entscheidungsbefugnisse auf Exekutivbehörden	214
D. Normsetzung durch EU-Agenturen als Option zur Rechtsvereinheitlichung?	219
E. Notwendige Klassifizierungen der FCC im Communications Act	230
F. Fazit	239
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	242
Literaturverzeichnis	245

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung und Gang der Untersuchung	31
1. Teil: Einführung	34
A. Internetkommunikationsdienste als Teilmenge der „Over-the-Top-Dienste“	34
B. Technische Grundlagen	37
I. Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur hin zur Ermöglichung von OTT-Diensten	37
II. Technische Funktionsweise von Internetkommunikationsdiensten	39
1. „Schichten“ und „Protokolle“ zur Darstellung von Netzwerkvorgängen	39
2. Internet-Konnektivität	42
3. Ermöglichung einer Kommunikation zwischen Internetnutzern	43
a) Generierung eines eigenen Adressierungsschemas zur Ermöglichung von Kommunikation über das offene Internet	43
b) Netzwerkarchitekturen: Verwaltung des Adressierungsschemas und Zwischenspeicherung	44
aa) Client-Server-Architekturen mit Durchleitungsfunktion	44
bb) Hybride Architekturen	45
cc) Peer-to-Peer-Architekturen	47
C. Bisherige Beurteilung	48
I. Behandlung durch Regulierungsbehörden und Rechtsprechung	48
II. Gesetzgeberische Reaktionen auf Unions- und Bundesebene	51

2. Teil: Grundsätzliche Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten in das Telekommunikationsrecht	53
A. Abgrenzung der Transportdienste von den Inhaltsdiensten	53
B. Telekommunikationsdienste i. S. d. § 3 Nr. 24 TKG	55
I. Unionsrechtliche Vorprägung	55
II. Der Umfang des Dienstbegriffs	56
1. Bedeutung des Tatbestandsmerkmal des Dienstes	56
2. Vorzugswürdige Gesamtbetrachtung	58
3. Anwendung auf Internetkommunikationsdienste	60
a) Vertikale Abgrenzung: Internetkonnektivität und Kommunikationsdienst	60
b) Horizontale Abgrenzung: Funktionskombinationen	61
4. Fazit und Ausblick	61
III. Erbringung „in der Regel gegen Entgelt“	62
IV. Signalübertragung	65
1. Übertragung von Signalen über Telekommunikationsnetze	65
a) Überblick über den Meinungsstand	66
aa) Signalübertragung als Verbindung von Netzabschlusspunkten	66
bb) Bezug auf Schichtenmodelle	67
cc) Funktionales Verständnis und Ende-zu-Ende- Paradigma	68
b) Anwendung der Auslegungsmethoden	69
aa) Wortlaut	69
bb) Systematik des Telekommunikationsregulierungsrechts	70
cc) Telos	70
dd) Genetisch-historische Auslegung	72
ee) Richtlinienkonforme Auslegung	72
c) Fazit und Ausblick auf den EKEK	74
2. Überwiegen der Signalübertragung	76
3. Anbieterreigenschaft	77
4. Fazit	78
V. EKEK: Signalübertragung oder interpersonelle Kommunikation	78
1. Neudefinition der elektronischen Kommunikationsdienste	78

2. Ermöglichung von Individual- und Gruppenkommunikation	79
3. Ausnahme für verbundene Dienste	81
4. Nummerngebundene und -unabhängige interpersonelle Kommunikationsdienste	83
VI. Fazit	84
C. Telekommunikationsnetze i. S. d. § 3 Nr. 27 TKG	85
D. Telekommunikationsgestützte Dienste i. S. d. § 3 Nr. 25 TKG	87
E. Einschränkung des Anwendungsbereichs durch weitere Tatbestandsmerkmale	87
F. Fazit: Einordnung von Internetkommunikationsdiensten und identifizierte Probleme	89
3. Teil: Bedeutung von Datenschutz und Fernmeldegeheimnis für Internetkommunikationsdienste	90
A. Bedeutung der Grundrechte für Internetkommunikationsdienste	90
I. Primärrechtliche Vorgaben des Unionsrechts	90
1. Recht auf Datenschutz (Art. 8 GRCh, Art. 16 Abs. 1 AEUV)	91
2. Recht auf Achtung der Kommunikation (Art. 7 GRCh)	91
3. Schutzniveau für Internetkommunikationsdienste	92
a) Formales (Rang-)Verhältnis zwischen Art. 7 und 8 GRCh	93
b) Gleichbehandlung mit klassischen Kommunikationsdiensten	94
II. Tangierte Schutzgarantien des Grundgesetzes	96
1. Notwendigkeit einer Abgrenzung	96
2. Grundrechtlich gebotenes Schutzniveau	97
III. Fazit	99
B. Anwendbares einfaches Recht	100
I. Situation vor Geltungsbeginn der DS-GVO	100
II. Situation seit Mai 2018 und Ausblick auf die ePrivacy-VO	101
1. Umkämpfte Regelungen zum TK-Datenschutzrecht	102
2. Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten	103

3. Abgrenzungsprobleme aufgrund der Ausgestaltung des bereichsspezifischen nationalen Datenschutzrechts	104
a) Internetkommunikationsdienste als Telekommunikationsdienste	104
aa) Reichweite der Anwendbarkeit der TKG-Vorschriften	105
bb) Subsidiäre Geltung der DS-GVO	107
b) Internetkommunikationsdienste als Telemedien	107
4. Fazit: Dringender Überarbeitungsbedarf auf Unions- und Bundesebene	108
III. Fazit	109
C. Auswahl spezifischer datenschutzrechtlicher Probleme von Internetkommunikationsdiensten	110
I. Anwendbarkeit der Regelungen zu Minderjährigen (Art. 8 DS-GVO)	111
II. Hochladen des Adressbuchs	112
1. Anwendbares Recht	112
2. Verantwortlichkeit von Anbieter und Nutzer	113
3. Verletzungshandlungen durch Anbieter	115
4. Fazit	116
III. Anwendbarkeit des Art. 20 DS-GVO auf Internetkommunikationsdienste	116
1. Verhältnis des Art. 20 DS-GVO zum bereichsspezifischen TK-Datenschutzrecht	117
2. Reichweite der „bereitgestellten“ Daten	117
3. Begrenzung auf den Anspruchsteller betreffende Daten und Schutz der Rechte und Freiheiten anderer Personen	119
4. Fazit	120
IV. Rufnummernanzeige und -unterdrückung sowie Sperrung eingehender Anrufe	121
1. Regelungen zur Rufnummernanzeige	121
2. Sperrung anonymer und sonstiger Anrufer	122
3. Fazit	123
V. Regelungen zur öffentlichen Sicherheit	123
1. Technische Schutzmaßnahmen der Anbieter	123
2. Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten in die Telekommunikationsüberwachung	124
a) Überwachung von Kommunikationsmetadaten de lege lata	125
aa) Speicherpflicht für Stamm- oder Bestandsdaten	125

bb) Speicherpflicht für Verkehrsdaten	126
cc) Fazit	127
b) Überwachung von Gesprächsinhalten de lege lata	127
aa) Unterstützung durch den Telekommunikationsdiensteanbieter	127
bb) Quellen-Telekommunikationsüberwachung	128
cc) Fazit	130
c) Künftige Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten in der ePrivacy-VO	131
D. Fazit	132
4. Teil: Sonstige telekommunikationsrechtliche Regulierung von Internetkommunikationsdiensten	134
A. Allgemeine Pflichten	134
I. Meldepflicht	135
II. Informationspflichten gegenüber den Regulierungsbehörden	136
III. Fazit: Level Playing Field	136
B. Notwendigkeit einer sektorspezifischen Marktregulierung	136
I. Bedürfnis einer sektorspezifischen Marktregulierung	137
1. Ausschluss des (sektorspezifischen) Kartellrechts aufgrund einer Unentgeltlichkeit?	137
2. Grundsätzliche Anwendbarkeit auf Internetkommunikationsdienste	138
3. Sektorspezifisches Regulierungsbedürfnis von Internetkommunikationsdiensten	139
a) Sachliche Marktabgrenzung	139
aa) Austauschbarkeit aus der Endkundenperspektive	140
(1) Substituierbarkeit der SMS	140
(2) Ersetzung der PSTN-Telefonie durch Internetkommunikationsdienste	143
bb) Angebotsumstellungsflexibilität	144
(1) Marktzutritte zwischen klassischen TK- Diensten und Internetkommunikationsdiensten	144
(2) Marktzutritte zwischen Messenger- und VoIP-Märkten	145
cc) Fazit	146

b) Räumliche Marktabgrenzung	146
c) Marktmachtabhängiges Regulierungsbedürfnis de lege lata gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 TKG	147
aa) Kosten für die Errichtung von Infrastrukturen	148
bb) Lock-In-Effekte und Plattformentendenzen	148
cc) Datenmacht der Anbieter	150
4. Fazit	150
II. Sektorspezifische Marktregulierung im Einzelnen	152
1. Interoperabilitätsverpflichtungen im Rahmen der Zugangsregulierung	152
a) Taugliche Rechtsgrundlage in § 18 TKG	152
b) Technische Realisierbarkeit und Zumutbarkeit für die Anbieter	154
c) Notwendigkeit einer flankierenden Entgeltregulierung?	156
d) Ausblick auf den EKEK – insbesondere Interoperabilitätsverpflichtung	157
e) Fazit	158
2. Sonstige Verpflichtungen und besondere Missbrauchsaufsicht	159
III. Schaffung eines Level Playing Field durch Absenkung der Regulierungsintensität für klassische Telekommunikationsdienste	160
C. Sektorspezifischer Kundenschutz	162
I. Überblick über die unionsrechtlichen Vorgaben	163
1. Mindestharmonisierung und Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten de lege lata	163
2. Neuerungen im EKEK	164
a) Vollharmonisierung (Art. 101 EKEK)	164
b) Einbezug von Internetkommunikationsdiensten	165
c) Angebotspakete (Art. 107 EKEK)	166
II. Regelungen zur Transparenz	167
1. Geltende Transparenzvorschriften und Regulierungsbedürfnis	167
2. Reformen durch den EKEK	168
III. Kostenkontrolle und Beschränkung der Vertragslaufzeiten	169
1. Monetäre Kostenkontrolle	169
2. Sektorspezifischer Schutz vor „überhöhten Datenpreisen“?	170
3. Vorschriften zur Begrenzung der Vertragslaufzeiten	171



4. Fortentwicklung im EKEK	172
IV. Vorschriften zur Erleichterung des Anbieterwechsels	172
1. Adressenportabilität	173
2. Datenportabilität	174
V. Aufnahme in öffentliche Teilnehmerverzeichnisse	176
VI. Sonstige (sektorspezifische) Kundenschutzvorschriften	177
VII. Durchsetzung des sektorspezifischen Kundenschutzes	178
1. Durchsetzung des sektorspezifischen Kundenschutzes de lege lata	178
2. Änderungen durch den EKEK	179
VIII. Fazit: Herstellung eines Level Playing Field mit klassischen Telekommunikationsdiensten	179
1. Ausdehnung auf Internetkommunikationsdienste	180
a) Grundsätzliche Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten	180
b) Besonderheiten bei der Einbeziehung von Internetkommunikationsdiensten	181
2. Rückführung der Vorschriften zum Kundenschutz für die klassischen Telekommunikationsanbieter	182
D. Regulierungsbedarf bezüglich telekommunikationsgestützter Dienste i. S. d. § 3 Nr. 25 TKG	184
E. Notruffunktionalität	184
F. Haftung und Anbieterprivilegierung in den §§ 44 und 44a TKG	188
G. Einbeziehung in den Universaldienstmechanismus	189
H. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung	192
5. Teil: Reaktionsfähigkeit des Telekommunikationsrechts im Vergleich mit dem US-amerikanischen Regulierungsrecht	193
A. Entscheidungsspielräume der Verwaltung gegenüber den Gerichten	194
I. Ausgangspunkt der vollen rechtlichen Überprüfbarkeit	194
II. Terminologie der Entscheidungsspielräume im US-amerikanischen und deutschen Verwaltungsrecht	195
III. Entscheidungsspielräume aufgrund administrativer discretion	196

IV. Befugnis zur verbindlichen Rechtsauslegung nach der „Chevron-Deference“	199
1. Bedeutung der Chevron-Deference neben § 706 (2) (A)	200
2. Anwendbarkeit der Chevron-Doktrin („Schritt Null“)	200
3. Chevron Schritte Eins und Zwei	202
V. Zulässigkeit von Letztentscheidungsbefugnissen der Verwaltung im deutschen Verfassungsrecht	204
VI. Rechtsvergleich und Fazit	205
B. Kontrolle der Agencies durch die Exekutive	207
I. Überblick über den Behördenaufbau in den USA	207
II. Unabhängigkeit der US-amerikanischen FCC	209
III. Begrenzte Unabhängigkeit der BNetzA zur demokratischen Legitimation	212
C. Übertragung legislativer Entscheidungsbefugnisse auf Exekutivbehörden	214
I. Grenzen der „nondelegation doctrine“ und des Wesentlichkeitsgrundsatzes	215
II. Kontrolle durch den Kongress und den Bundesgesetzgeber	218
D. Normsetzung durch EU-Agenturen als Option zur Rechtsvereinheitlichung?	219
I. Verbindliche Rechtsnormen des „Tertiärrechts“ („Hard Law“)	220
II. Unverbindliche Rechtsnormen mit Lenkungswirkung („Soft Law“)	224
1. Lenkung nationaler Regulierungsbehörden durch „Soft Law“	224
2. Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen an das GEREK durch unbestimmt formulierte Gesetze	227
III. Verfassungsrechtliche Grenzen durch die Verfassungsidentität des Grundgesetzes	228
IV. Fazit: Zulässigkeit und Voraussetzungen exekutiver Normsetzung	230
E. Notwendige Klassifizierungen der FCC im Communications Act	230
I. Struktur des Communications Acts	230
II. Einstufung von Internetdiensten und Rechtsfolgen	233
1. Anwendbarkeit der Chevron-Doktrin	234
2. Regulatorisches Vorgehen der FCC	235

3. Rechtsfolgen insbesondere für das Datenschutzrecht	236
4. Fazit	238
F. Fazit	239
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	242
Literaturverzeichnis	245



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kommunikation über das ISO/OSI-Schichtenmodell	40
Abbildung 2: Kommunikation über das TCP/IP-Referenzmodell	41
Abbildung 3: Einordnung von Protokollen anhand des TCP/IP-Referenzmodells	42
Abbildung 4: Client-Server-Architekturen mit Durchleitungsfunktion	45
Abbildung 5: Hybride Architekturen	46
Abbildung 6: P2P-Architekturen	48
Abbildung 7: Vertikale und horizontale Gliederung eines Dienstes	58



## Abkürzungsverzeichnis

5G	Mobilfunknetz der 5. Generation
a. A.	andere Ansicht
a. E.	am Ende
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
AML	Advanced Mobile Location
APA	Administrative Procedure Act
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz vom 30. Juni 2017
BDSG a. F.	Bundesdatenschutzgesetz vor der Neufassung vom 30. Juni 2017
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Bitkom	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien
BKartA	Bundeskartellamt
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVDW	Bundesverband Digitale Wirtschaft

## *Abkürzungsverzeichnis*

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CCC	Chaos Computer Club
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Cir.	Circuit
CLSR	Computer Law & Security Review
CMLR	Common Market Law Review
Colum. L. Rev	Columbia Law Review
CPNI	Customer Proprietary Network Informations
CR	Computer und Recht
CRA	Congressional Review Act
CRi	Computer Law Review International
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
d. h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltverein
D.C.	District of Columbia
DGRI	Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik
DoD	Department of Defense
DPA	Deutsche Presse-Agentur
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DSK	Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DVBf	Deutsches Verwaltungsblatt
EC	European Community



EKEK	Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation
ElGVG	Elektronischer-Geschäftsverkehr-Vereinheitlichungsgesetz
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENLR	European Networks Law & Regulation Quarterly
ERG	European Regulators Group
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	die Folgende
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FCC	Federal Communications Commission
Fed. Comm. L.J	Federal Communications Law Journal
ff.	die Folgenden
Fn.	Fußnote
FTC	Federal Trade Commission
Geo. L.J.	The Georgetown Law Journal
GEREK	Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation
German L.J.	German Law Journal
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPS	Global Positioning System
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRL	Genehmigungsrichtlinie
GSM	Global System for Mobile Communications